

Urnenabstimmung der Gemeinde Surses vom 18. Juni 2023

Abstimmungsvorlage

- Genehmigung der Teilrevision der Gemeindeverfassung der Gemeinde Surses

Hinweis

Im Anhang zur vorliegenden Botschaft erhalten Sie eine Gegenüberstellung der geltenden und der neuen Bestimmungen der Gemeindeverfassung. Zur besseren Übersicht sind im Revisionsentwurf alle Anpassungen in rot gekennzeichnet.

Botschaft

zur Urnenabstimmung der Gemeinde Surses vom 18. Juni 2023

Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die Gemeindeversammlung Surses vom 24. April 2023 hat die Teilrevision der Gemeindeverfassung der Gemeinde Surses beraten und mit 52 gegen 2 Stimmen beschlossen, diese mit Antrag um Genehmigung zuhanden der Urnengemeinde Surses zu verabschieden.

Das Wichtigste in Kürze

- Die Gemeinde Surses ist auf den 1. Januar 2016 durch die Fusion der neun ehemaligen Gemeinden Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Salouf, Savognin, Riom-Parsonz, Sur und Tinizong-Rona entstanden.
- Mit der Fusion trat auch die heute geltende Gemeindeverfassung in Kraft.
- Aufgrund der auf den 1. Juli 2018 in Kraft getretenen Totalrevision des Gemeindegesetzes des Kantons Graubünden hat sich die Anpassung der Verfassung der Gemeinde Surses aufgedrängt.
- Nach sieben Jahren Erfahrung mit der fusionierten Gemeinde und damit auch mit der Gemeindeverfassung hatte der Gemeindevorstand entschieden, auch die politischen Strukturen zu überprüfen und, wo notwendig, anzupassen.
- An der bisherigen Organisationsstruktur mit Urnengemeinde, Gemeindeversammlung, Gemeindevorstand, Geschäftsprüfungskommission und Schulrat, als ordentlichen Gemeindeorgane, wird festgehalten, da sie sich bewährt hat.
- Das bisherige Geschäftsleitungs-Modell wird beibehalten, da es sich bewährt hat. Die Geschäftsleitung ist für den operativen Geschäftsgang verantwortlich und entlastet somit den Gemeindevorstand, welcher sich dadurch auf die strategische Ausrichtung der Gemeinde konzentrieren kann.
- Nebst den erforderlichen Anpassungen an das übergeordnete Recht und verschiedenen Präzisierungen aufgrund der seit der Gemeindefusion gemachten Erfahrungen, beinhaltet die Teilrevision folgende wesentliche Neuerungen:
 - Einführung eines Referendumsrechts;
 - Pflicht zur Durchführung von Orientierungsversammlungen auf Begehren von Stimmberechtigten und Einführung einer Informationspflicht für den Gemeindevorstand;
 - Erweiterung der Kompetenzen der Baukommission;
 - Der Gemeindepräsident/die Gemeindepräsidentin muss nicht mehr von Amtes wegen den Vorsitz der Geschäftsleitung übernehmen. Neu kann auch ein Vorstandsmitglied den Vorsitz übernehmen.
- Bei Annahme der Teilrevision der Gemeindeverfassung durch die Urnengemeinde Surses hat diese formell noch der Bündner Regierung zur Genehmigung unterbreitet zu werden. Nach entsprechender Genehmigung tritt die Teilrevision der Gemeindeverfassung in Kraft.

Ausgangslage

Die Gemeinde Surses ist auf den 1. Januar 2016 durch die Fusion der neun ehemaligen Gemeinden Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Salouf, Savognin, Riom-Parsonz, Sur und Tinizong-Rona entstanden. Nach sieben Jahren Erfahrung mit der fusionierten Gemeinde und damit auch mit der Gemeindeverfassung hat der Gemeindevorstand entschieden, die politischen Strukturen zu überprüfen und wo notwendig anzupassen. Schliesslich drängen sich einige wenige Änderungen auch aufgrund des auf den 1. Juli 2018 in Kraft getretenen neuen Gemeindegesetzes des Kantons Graubünden auf. Die für notwendig erachteten Anpassungen sollen im Rahmen der vorliegenden Teilrevision der Gemeindeverfassung erfolgen.

Einen ersten Entwurf der teilrevidierten Gemeindeverfassung hatte der Gemeindevorstand bereits anlässlich einer Orientierungsversammlung am 24. Oktober 2022 der Stimmbevölkerung vorgestellt. Im Anschluss wurde die Stimmbevölkerung zur Meinungsäusserung zur vorgeschlagenen Teilrevision der Gemeindeverfassung und zu den als Varianten präsentierten Änderungen eingeladen. Dabei konnte die Bevölkerung bis zum 20. Dezember 2022 ihre Meinung zu verschiedenen Punkten wie z.B. zum Referendumsrecht, zu den Organisationsversammlungen und zur Informationspflicht sowie zu den Kompetenzen der Baukommission abgeben.

Der Gemeindevorstand hat die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet. Anschliessend hat er eingehend geprüft, mit welchen Massnahmen das übergeordnete Ziel, die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Stimmberechtigten auszubauen und die politische Abstützung der Entscheide zu stärken, erreicht werden kann. Gestützt auf diese Überlegungen wurde die Gemeindeverfassung nochmals angepasst und am 24. April 2023 der Gemeindeversammlung zur Beratung und Verabschiedung zuhanden der Urnenabstimmung unterbreitet.

Zielsetzung der vorliegenden Teilrevision

Mit der zur Abstimmung stehenden Teilrevision der Gemeindeverfassung sollen insbesondere die folgenden Ziele erreicht werden:

- Beibehaltung bzw. Schaffung von einfachen, transparenten Strukturen mit klaren Kompetenzen und Verantwortlichkeiten;
- breite Akzeptanz in der Bevölkerung;
- breite Abstützung der politischen Entscheidungen und damit Förderung des Einbezuges der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsprozesse;
- Anpassung an das übergeordnete Recht;
- Anpassungen aufgrund bisheriger Praxis und Erfahrungen.

Hauptpunkte der vorliegenden Teilrevision

Nebst den erforderlichen Anpassungen an übergeordnetes Recht und verschiedenen Präzisierungen aufgrund der seit der Gemeindefusion gemachten Erfahrungen, hat sich der Gemeindevorstand im Zuge der Teilrevision insbesondere mit folgenden Fragen befasst:

Beibehaltung der bisherigen Organisationsstruktur mit Gemeindeversammlung und Verzicht auf die Einführung eines Gemeindeparkaments

Von einzelner Seite wurde in Vergangenheit angeregt, die anstehenden Gemeindegeschäfte jeweils an der Urne zur Abstimmung zu bringen, um damit die politische Teilnahme zu erhöhen. Da dies aufgrund des Gemeindegesetzes des Kantons Graubünden nicht möglich ist, wurde die Einführung eines Gemeindeparkaments geprüft, anstelle der Gemeindeversammlung oder zusätzlich zur Gemeindeversammlung. Die Frage wurde vom Gemeindevorstand eingehend diskutiert und die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten abgewogen. Der Gemeindevorstand ist der klaren Auffassung, dass die bisherige Organisationsstruktur mit Urnengemeinde, Gemeindeversammlung, Gemeindevorstand, Geschäftsprüfungskommission und Schulrat, als ordentlichen Gemeindeorgane, für die Grösse unserer Gemeinde am geeignetsten ist. Daher sieht der Gemeindevorstand von der Einführung eines Gemeindeparkaments ab.

Begründung:

Gesamtschweizerisch kennen vier von fünf Gemeinden die Gemeindeversammlung. Etwas mehr als die Hälfte der Stimmbevölkerung entscheidet lokale Geschäfte in Gemeindeversammlungen. Durchschnittlich nimmt jeder 10. Einwohner an der Gemeindeversammlung teil. Es ist kein Trend in Richtung Gemeindeparlamente erkennbar und es gibt keine wissenschaftliche Aussage darüber, welche Organisationsform leistungsfähiger ist. Im Kanton Graubünden sind von den 101 Gemeinden 17 wie folgt mit Parlament organisiert:

- 6 Gemeinden mit Urnengemeinde, Gemeindeversammlung und Parlament;
- 11 Gemeinden mit Urnengemeinde und Parlament.

Gewisse Gemeinden, welche ein Gemeindeparlament eingeführt haben, erwägen den Wechsel zurück zur Gemeindeversammlung, da man Mühe hat, Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu finden. So hat im letzten November beispielsweise die Stimmbevölkerung der Gemeinde Tujetsch im Zuge der Verfassungsrevision das Gemeindeparlament abgeschafft und die Gemeindeversammlung eingeführt.

Vor- und Nachteile eines Gemeindeparlaments:

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none">- Über Parlament können Ortschaften einbezogen werden.- Vertretung der Politischen Parteien im Parlament.	<ul style="list-style-type: none">- Komplexe Struktur.- Abstand zur Bürgerin / zum Bürger wird grösser;- Demokratieverlust.- Rekrutierung von Parlamentarier/-innen kann unter Umständen schwierig sein.- Sehr grosser Aufwand für die Gemeindeverwaltung (Ratsbetrieb, Dokumentation der Parlamentarier/-innen etc.) und indirekt auch für den Gemeindevorstand.- Kostenfolge für Gemeindebudget.

Beibehaltung des bisherigen Geschäftsleitungsmodells zur Entlastung des Gemeindevorstands in operativen Belangen (Art. 54 GV)

Das bisherige Geschäftsleitungs-Modell wird beibehalten, da es sich bewährt hat. Die Geschäftsleitung ist für den operativen Geschäftsgang verantwortlich und entlastet somit den Gemeindevorstand, welcher sich somit auf die strategische Ausrichtung der Gemeinde konzentrieren kann.

Der Geschäftsleitung gehören bisher der Gemeindepräsident, der Bereichsleiter Bau | Energie | Werke, der Bereichsleiter Finanzen, der Bereichsleiter Technische Dienste und der Gemeindeschreiber an. Um das Amt des Gemeindepräsidiums zu entlasten soll neu aber nicht mehr der Gemeindepräsident bzw. die Gemeindepräsidentin von Amtes wegen den Vorsitz der Geschäftsleitung übernehmen müssen. In Zukunft soll diese Aufgabe auch von einem anderen Vorstandsmitglied ausgeübt werden dürfen. Von einer offenen Formulierung des Verfassungsartikels, d.h. ohne die Definition der effektiven Zusammensetzung der Geschäftsleitung, wird aus Transparenzgründen gegenüber der Bevölkerung verzichtet. Mit anderen Worten, die Bevölkerung soll wissen, wer Mitglied der Geschäftsleitung ist.

Begründung:

Mit der Möglichkeit, den Vorsitz der Geschäftsleitung auch einem Vorstandsmitglied übergeben zu können, wird die seitens verschiedener Stimmberechtigten geforderte Entlastung des Gemeindepräsidiums erreicht. Der Gemeindevorstand hat ergänzend die Möglichkeit, weitere Aufgaben an die Geschäftsleitung zu delegieren, was zu einer zusätzlichen Entlastung führen würde. Indem der Gemeindepräsident bzw. die Gemeindepräsidentin oder ein Vorstandsmitglied den Vorsitz der Geschäftsleitung innehat, ist die direkte und ungefilterte Information zwischen dem Gemeindevorstand und der Geschäftsleitung sichergestellt.

Aufgrund der Anregung seitens einzelner Stimmberechtigten, anstelle des Geschäftsleitungsmodells das CEO-Modell einzuführen, hat sich der Gemeindevorstand ebenfalls intensiv mit diesem Modell auseinandergesetzt.

Das CEO-Modell leitet sich von der Privatwirtschaft ab, wo der Verwaltungsrat als strategisches Führungsorgan den Geschäftsführer oder eben den CEO (Chief Executive Officer) als Chef für die Geschäftsleitung (operative Ebene der Unternehmung) bestimmt. In dieser Funktion trägt der CEO die Verantwortung für das operative Ergebnis. Das CEO-Modell wird bisher teilweise in den Kantonen Luzern und Zürich eingesetzt. Soweit bekannt, ist einzig die Gemeinde Vaz/Oberuzun derzeit am abklären, ob man dieses Führungsmodells einführen möchte.

Mit dieser Stellung befindet sich der CEO in einer Art «Sandwich-Position» zwischen dem Gemeindevorstand und der Verwaltung mit ihren unter Umständen je unterschiedlichen Interessen und Erwartungen. Ob das CEO-Modell im Einzelfall erfolgreich umgesetzt werden kann, ist eng mit der Persönlichkeit des Funktionsträgers verknüpft. Es besteht die latente Gefahr, dass die notwendige Balance zwischen strategischer und operativer Ebene - z.B. wegen unklarer Kommunikation - verloren geht oder, dass die Mitglieder des Gemeindevorstands über bestimmte Themen, die für die Einwohnerinnen und Einwohner wichtig sind, nicht mehr informiert sind, womit Vertrauen und Akzeptanz verspielt werden können.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile der beiden Gemeindeführungsmodelle «Geschäftsleitung» und «CEO» stützt die Gemeindeversammlung den Antrag des Gemeindevorstands, das bisher praktizierte und sich bewährte Geschäftsleitungsmodell beizubehalten.

Einführung eines Referendumsrechts (Art. 22a und Art. 30a GV)

Neu ist die Einführung eines fakultativen Finanzreferendums vorgesehen. Dies bedeutet, dass Beschlüsse der Gemeindeversammlung der Urnenabstimmung zu unterbreiten sind, wenn 80 Stimmberechtigte das Referendum gegen einen Beschluss ergreifen. Im Gegenzug soll die Finanzkompetenz der Gemeindeversammlung ausgebaut werden. Dem fakultativen Referendum unterliegen Beschlüsse der Gemeindeversammlung über einmalige Ausgaben zwischen CHF 1'000'000.00 und CHF 4'000'000.00 und über jährlich wiederkehrende Ausgaben zwischen CHF 100'000.00 und CHF 400'000.00.

Begründung:

Mit der Einführung des fakultativen Finanzreferendums werden die Vorteile der Gemeindeversammlung mit jenem der Urnenabstimmung kombiniert und gleichzeitig Nachteile der Gemeindeversammlung korrigiert, indem damit garantiert werden kann, dass über Geschäfte von grosser finanzieller Tragweite eine Urnenabstimmung durchgeführt werden kann. Damit werden die Entscheidungen breiter abgestützt. Gleichzeitig wird die bekannte und bewährte Organisationsstruktur aufgewertet. Angesichts der vorerwähnten Vorteile muss eine Verlangsamung der Entscheidungsprozesse in Kauf genommen werden. Die Vorteile dieser Variante überwiegen jene der Varianten mit Gemeindeparlament, welche zu komplexen Strukturen, einem grösseren Verwaltungsaufwand, einem grösseren Abstand zwischen Bürgerinnen, Bürger und Behörden und zu einem Demokratieverlust führen.

Orientierungsversammlung und Informationspflicht (Art. 26 GV)

Neu wird in der Gemeindeversammlung verankert, dass auf schriftliches Begehren von mindestens 50 stimmberechtigten Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeindevorstand verpflichtet ist, Orientierungsversammlungen über Vorlagen und Geschäfte von besonderer Bedeutung durchzuführen.

Begründung:

Mit der Pflicht, Orientierungsversammlungen durchführen zu müssen, sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Stimmberechtigten weiter ausgebaut werden in Ergänzung zum oben erwähnten Referendumsrecht.

Zusammensetzung und Kompetenzen der Baukommission (Art. 49 und Art. 50 GV)

Zur Diskussion stand, die Mitglieder der Baukommission durch die Urnengemeinde wählen zu lassen. Von dieser Variante hat der Gemeindevorstand abgesehen. Dies bedeutet, dass die Wahl der Mitglieder der Baukommission weiterhin in der Kompetenz des Gemeindevorstands liegt. Allerdings werden die Kompetenzen der Baukommission wie folgt erweitert:

- die Baukommission soll Baugesuche in eigener Kompetenz entscheiden dürfen, sofern die Entscheidung einstimmig sind.

- Baugesuche, welche nicht einstimmig entschieden werden, haben dem Gemeindevorstand zum Entscheid unterbreitet zu werden.
- Baubehörde bleibt weiterhin der Gemeindevorstand. Deshalb hat das Protokoll der Baukommission jeweils vom Gemeindevorstand genehmigt zu werden.

Begründung:

Die bisherige Struktur hat sich bewährt. Mit der Erweiterung der Kompetenzen wird der Gemeindevorstand als Baubehörde jedoch entlastet.

Anwendung einer geschlechterkonformen Sprache (Art. 6 GV)

Die geschlechterneutrale Formulierung von Gesetzestexten (wie auch in anderen Publikationen, Artikeln, usw.) ist in den vergangenen Jahren zu einem Dauerthema geworden. Entsprechend vielfältig ist die Praxis. Der Vorstand bekennt sich zu einer Sprache, welche alle Geschlechter inkludiert. Er vertritt aber die Auffassung, dass eine möglichst pragmatische Lösung, welche die Lesbarkeit und Verständlichkeit in den Vordergrund stellt, am zielführendsten ist. Dies gilt insbesondere in Gesetzestexten. Im Romanischen, wie auch in den übrigen lateinischen Sprachen, stellt die Anwendung der geschlechterneutralen Sprache eine zusätzliche Herausforderung dar, da das grammatische Geschlecht alle Sprachelemente, auf das es sich bezieht (Artikel, Partizip Adjektiv, Pronomen), beeinflusst. Das führt dazu, dass die Texte lang und schwer schwer verständlich werden, wenn man jeweils sowohl die männliche als auch die weibliche Form anwendet.

In Abwägung der Vor- und Nachteile von möglichen Varianten ist der Vorstand deshalb der Ansicht, dass die heutige Regelung in Art. 6 mit einem sogenannten «Geschlechterartikel» nach wie vor eine sachgerechte und nichtdiskriminierende Lösung darstellt. Sie lehnt sich dabei an zahlreiche kantonale Erlasse an, welche dieselbe Methode verwenden.

Vorprüfung durch Amt für Gemeinden Graubünden

Der vorliegende Verfassungsentwurf ist dem Amt für Gemeinden des Kantons Graubünden zur Vorprüfung unterbreitet und von diesem für in Ordnung befunden worden.

Antrag der Gemeindeversammlung und des Gemeindevorstands:

Die Gemeindeversammlung und der Gemeindevorstand beantragen der Urnengemeinde Surses, die vorliegende Teilrevision der Gemeindeverfassung zu genehmigen. Die Inkraftsetzung der Teilrevision erfolgt per Genehmigungsbeschluss der Bündner Regierung.

Tinizong, 15. Mai 2023

Für den Gemeindevorstand Surses:



Leo Thomann
Gemeindepräsident



Beat Jenal
Gemeindeschreiber

Beilage erwähnt

Votaziun all'urna digl cumejn da Surses digls 18 da zarcladour 2023

Project da votaziun

- Revisiun parziala dalla constituziun communal da Surses

Infurmaziun

An agiunta tar igl messadi survagniz vous ena cumparaziun dallas determinaziuns an vigour e dallas determinaziuns novas dalla constituziun communal. Per aveir ena miglra survista èn tot las midas marcadas cun calour cotschna aint igl sboz da revisiun.

Messadi

per la votaziun all'urna digl cumegn da Surses digls 18 da zarcladour 2023

Stimadas votantas e stimos votants

La radunanza communal Surses digls 24 d'avregl 2023 ò tracto la revisiun parziala dalla constituziun communal digl cumegn da Surses ed ò decida cun 52 cunter 2 vuschs da deliberar chella per mangs digl cumegn d'urna Surses cun proponer l'approvaziun.

Igl impurtant an furma concisa

- Igl cumegn da Surses è nia fundo igl 1. da schaner 2016 antras la fusiun digls nov cumegns uriunds Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Salouf, Savognin, Riom-Parsonz, Sur e Tinizong-Rona.
- Cun la fusiun è antrada an vigour er la constituziun communal tgi è actualmaintg an vigour.
 - Perveia dalla revisiun totala dalla lescha da cumegns digl cantun Grischun tgi è antrada an vigour igl 1. da zarcladour 2018 è er daventada necessaria l'adattaziun dalla constituziun digl cumegn da Surses.
 - Siva da set onns experientscha cun igl cumegn fusiuno e cotras er cun la constituziun communal ò la suprastanza communal decida d'examinar er las structuradas politicas e da las adattar noua tg'è basigns.
 - La structura d'organisaziun cun igls organs da cumegn ordinaris, vot deir cun cumegn d'urna, radunanza communal, suprastanza communal, cumischung da gestiun e cunsegl da scola, vign mantigneida, percheigl tg'ella è sa cumprovada.
 - Igl model actual dalla direcziun communal vign mantignia, percheigl tg'el è sa cumprovo. La direcziun è responsabla per igl andamaint operativ dallas fatschentas e discargia uscheia la suprastanza communal, la quala pò sa concentrar cotras sen l'execuziun strategica digl cumegn.
 - Ultra dallas adattaziuns necessarias agl dretg surordino e diversas precisaziuns a basa dallas experientschas fatgas siva dalla fusiun, cumpeglia la revisiun parziala las novaziuns essenzialas suandontas:
 - introducziun d'en dretg da referendum;
 - l'obligaziun d'organisar radunanzas d'orientaziun sen dumonda da persungas cun dretg da votar ed introducziun dall'obligaziun d'infurmaziun per la suprastanza communal;
 - schlargiamaint dallas cumpetenzas dalla cumischung da biagier;
 - Igl mastral/la mastrala ò betg ple da surpiglier ex officio igl presidi dalla direcziun. Da nov pò er en commember u ena commembra dalla suprastanza surpiglier chel presidi.
 - Sch'igl cumegn d'urna Surses accepta la revisiun parziala dalla constituziun communal ò chella anc da neir sottamessa per l'approvaziun formala alla Regenza grischuna. Siva l'approvaziun correspondententa aintra la revisiun parziala dalla constituziun communal an vigour.

Situaziun da partenza

Igl cumegn da Surses è nia fundo igl 1. da schaner 2016 antras la fusiun digls nov cumegnns uriunds Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Salouf, Savognin, Riom-Parsonz, Sur e Tinizong-Rona. Siva da set onns experientscha cun igl cumegn fusiuno e cotras er cun la constituziun communal, ò la suprastanza communal decidia d'examinar las structuras politicas e da las adattar, noua tg'è basigns. Alla fegn ègl necessari da far er en pèr pacas midadas an consequenza dalla nova lescha da cumegnns digl cantun Grischun tgi è antrada an vigour igl 1. da fanadour 2018. Tot chellas adattaziuns tgi paran necessarias duessan neir fatgas aint igl rom dalla revisiun parziala preschainta dalla constituziun communal.

En amprem sboz dalla constituziun communal revideida parzialmaintg ò la suprastanza communal preschento allas votantas ed agls votants gio igls 24 d'otgover 2022 a caschung d'ena radunanza d'orientaziun. Siva èn las votantas ed igls votants nias anvidos d'exprimer lour opiniun pertutgont la revisiun parziala dalla constituziun communal e las midadas preschentadas scu variantas. La populaziun ò pudia piglier posiziun anfignen igls 20 da december 2022 tar divers puncts scu p.ex. igl dretg da referendum, las radunanzas d'orientaziun e l'obligaziun d'infurmaziun scu er pertutgont las cumpetenzas dalla cumischung da biagier.

La suprastanza communal ò evaluo las posiziuns inoltradas. Siva ò'la examino manedlamaintg cun tge maseiras tg'igl intent surordino pò neir contanschia, numnadamaintg las pussebladads scu tgi las votantas ed igls votants pon cooperar migler e scu tg'igl sustign politic davart las decisiuns pò neir rinforzo. Sa basond a chellas ponderaziuns è la constituziun communal neida adattada anc eneda e preschentada igls 24 d'avregl alla radunanza communal per cunsegliaziun e deliberaion per mangs dalla votaziun all'urna.

Intent dalla revisiun parziala preschainta

Cun la revisiun parziala dalla constituziun communal tgi stat an votaziun, duessan neir contanscheidas surtot las fegnameiras suandontas:

- mantignamaint resp. stgaffiziun da structuras simplas, transparentas cun cleras cumpetenzas e responsabladas;
- gronda acceptanza davart dalla populaziun;
- grond sustign dallas decisiuns politicas, uscheia tgi vigna promuveida la participaziun dalla populaziun aint igls process politics da decisiuns;
- adattaziun agl dretg surordino;
- adattaziun an consequenza dalla practica e dallas experientschas fatgas anfignen ossa.

Puncts principals dalla revisiun parziala preschainta

Ultra dallas adattaziuns necessarias agl dretg surordino e diversas precisaziuns a basa dallas experientschas fatgas siva dalla fusiun, è la suprastanza communal sa fatschantada an connex cun la revisiun parziala an spezial cun las dumondas suandontas:

Mantigneir la structura d'organisaziun actuala cun la radunanza communal e desister d'installar en parlamaint communal

Aint igl passo è nia intimo da singula vart da sottametter igls affars comunals mintgamai all'urna per approvaziun. Chegl cugl argumaint d'augmentar la participaziun politica. Essend chegl betg pussebel tenor la lescha da cumegnns digl cantun Grischun, ins ò examino l'installaziun den parlamaint communal, an pe dalla radunanza communal u supplementarmaintg alla radunanza communal. La suprastanza communal ò discuto detagledamaintg igl tema ed ò pondero igls avantatgs e disavantatgs dallas differentas variantas. Ella è neida alla clera conclusiun tgi la structura d'organisaziun actuala cun cumegn d'urna, radunanza communal, cumischung da gestiun e cunsegl da scola, scu organs comunals ordinaris, seia la pi adattada per la grondezza digl noss cumegn. Perchehl desista la suprastanza d'installar en parlamaint communal.

Motivaziun:

Quatter da tschintg cumegns an Svizra èn organisos cun radunanza communal. En po duple tgi la mesadad dallas votantas e digls votants decida ainten radunanzas communalas davart fatschentas localas. An media peglia mintga 10avel abitant ed abitanta part alla radunanza communal. Igl è betg da vaseir en trend an direcziun da parlamaints communal ed i dat nigra constataziun scientifica, tge furma d'organisaziun tgi seia la pi effizianta. Aint igl cantun Grischun èn 17 cumegns da 101 organisos cun parlamaint:

- 6 cumegns cun cumegn d'urna, radunanza communal e parlamaint;
- 11 cumegns cun cumegn d'urna e parlamaint.

Tscherts cumegns tgi on installo en parlamaint communal, pondereschan da turnar puspe tar la radunanza communal, perchegl tgi els on difficultads da cattar parlamentar e parlamentarias. Uscheia ò p.ex. igl suveran digl cumegn da Tujetsch decida igl november passo, an connex cun la revisiun dalla constituziun, da dismetter igl parlamaint communal e d'introduer la radunanza communal.

Avantatgs e disavantatgs d'en parlamaint communal

Avantatgs	Disavantatgs
<ul style="list-style-type: none">- Las vischnancas son neir includeidas aint igl parlamaint.- Las parteidas politicas èn represchentadas aint igl parlamaint.	<ul style="list-style-type: none">- Structura complexa.- Distanza tar la populaziun vign pi gronda.- Sperdita dalla democrazeia.- Recrutaziun da parlamentar/as pò esser greva tenor circumstanzas.- Fitg gronda labour per l'administraziun communal (menaschi da cunsegl, documentaziun da parlamentar/as, etc.) ed indirectamaintg er per la suprastanza communal.- Costs pigl preventiv communal.

Mantignair igl model actual dalla direcziun communal per discarger la suprastanza communal an fatgs operativs (art. 54 CC)

Igl model actual dalla direcziun communal vign mantignia, perchegl tg'el è sa cumprovo. La direcziun è responsabla per igl andamaint operativ dallas fatschentas e discargia uscheia la suprastanza communal, tgi pò sa concentrar cotras sen l'execuziun strategica digl cumegn.

Alla direcziun communal appartignan actualmointg igl mastral, igl manader dalla partiziun construcziun|energeia|ovras, igl manader dalla partiziun finanzas, igl manader dalla partiziun sarvetschs technics ed igl scrivant da cumegn. Per discarger igl uffezi digl presidi communal duess betg ple igl mastral resp. la mastrala stueir surpiglier ex officio igl presidi dalla direcziun communal. Agl avignair duess er en oter commember u commembra dalla suprastanza communal pudeir surpiglier chell'incumbensa. Ad ena formulaziun "averta" digl artetgel costituziunal, vot deir sainza definire la cumposiziun effectiva dalla direcziun, vign renunztgia per muteivs da trasparenza anvers la populaziun. Cun oters plets, la populaziun duess saveir tgi tgi è commember dalla direcziun.

Motivaziun:

Cun la pussebladad da pudeir surdar igl presidi dalla direcziun communal er ad en commember u ena commembra da suprastanza, vign adampleida la preteisa da diversas persungas cun dretg da votar, da discarger igl mastral resp. la mastrala. La suprastanza communal è supplementarmaintg la pussebladad da delegar ulteriouras incumbensas alla direcziun communal, chegl tgi porta en ulteriour livgiamaint. Sch'igl mastral resp. la mastrala u en commember resp. ena commembra da suprastanza communal presidiescha la direcziun communal, è garanteida l'infurmaziun directa e betg filtrada tranter la suprastanza communal e la direcziun communal.

Cuncheigl tgi singulas persungas cun dretg da votar on intimo d'installar igl model da CEO an pe digl model da direcziun, è la suprastanza communal sa fatschentada intensivamaintg er da chel model.

Igl model da CEO dereiva dall'economia privata, noua tg'igl cunsegl administrativ - scu organ strategic - nominescha igl directour u damai igl CEO (chief executive officer) scu schef per la direcziun (camp operativ dall'interpresa). Ainten chella funcziun ò igl CEO la responsabladad per igl resultat operativ. Igl model da CEO vign anfignen ossa per part applitgia aint igls cantuns da Lucerna e Turitg. Schinavant tg'è ancunaschaint, ò sulettamaintg igl cumegn da Vaz per mangs da sclareir sch'ins vot introduceir chel model da manar.

Cun chella posiziun sa catta igl CEO ainten ena sort «posiziun da sandwich» tranter la suprastanza communal e l'administraziun cun eventualmaintg differents interess e diversas aspectativas. Sch'igl model da CEO so neir realiso cun success aint igl cass singul, è colliia fermamaintg cun la personalitad digl funcziunari. Igl exista igl priewel latent tgi la balantscha necessaria tranter igl camp strategic e chel operativ geia a perder – p.ex. perveia d'ena comunicaziun betg clera. U tg'igls commembers u las commembras dalla suprastanza communal vignan betg ple infurmos da tscherts temas tg'èn impurtants per igls abitants e las abitantas, uscheia tgi la confidanza e l'acceptanza savessan eir a perder.

Siva d'aveir examinò igls avantatgs e disavantatgs digls dus models da manar «direcziun communal» e «CEO» sustigna la radunanza communal la proposta dalla suprastanza, da mantigneir igl model da direcziun practitgia anfignen ossa tg'è sa cumprovo.

Introducziun digl dretg da referendum (art. 22a ed art. 30a CC)

Da nov ègl previa d'installar igl referendum facultativ. Chegl vot deir, tgi decisiuns dalla radunanza communal ston neir sottomessas alla votaziun all'urna, schi 80 votants e votantas pretendan igl referendum ancunter la decisiun. Dall'otra vart duess la cumpetenza finanziaria dalla radunanza communal neir angrondaneida. Agl referendum facultativ èn sottomess conclus dalla radunanza communal davart expensas unicas tranter CHF 1'000'000.00 e CHF 4'000'000.00 e davart expensas periodicas tranter CHF 100'000.00 e CHF 400'000.00.

Motivaziun:

Cun installar igl referendum facultativ vignan cumbinos igls avantatgs dalla radunanza communal cun chels dalla votaziun all'urna ed a madem taimp currigias disavantatgs dalla radunanza communal, cun garanteir cotras tgi fatschentas da gronda muntada finanziaria possan neir sottomessas alla votaziun all'urna. Uscheia survignan las decisiuns duple sustign. A madem taimp vign augmentada la valour dalla structura d'organisaziun tg'è ancunaschainta e cumprovada.

Considerond igls avantatgs numnos stò neir accepto tg'igls process da decisiun vignan retardos. Igl avantatgs da chella varianta surmontan chels dallas variantas cun parlamaint communal, tgi magnan a estructuras complexas, pi gronda lavour administrativa, pi gronda distanza tranter la populaziun e las autoritads ed ad ena sperdita da democrazeia.

Radunanza d'orientaziun ed obligaziun d'infurmaziun (art. 26 CC)

Da nov vign fixo ainten la constituziun communal tgi la suprastanza communal è oblieida d'organisar radunanzas d'orientaziun davart projects e fatschentas da muntada speziala, schinavant tgi aglmanc 50 votants e votantas pretendan chegl cun ena dumonda an scretg.

Motivaziun:

Cun l'obligaziun da stueir organisar radunanzas d'orientaziun duessan neir angrondaneidas las pussebladads da cooperaziun dallas votantas e digls votants, chegl supplementarmaintg agl dretg da referendum.

Cumposiziun e cumpetenzas dalla cumischung da biagier (art. 49 ed art. 50 CC)

Igl è nia discuto schi la cumischung da biagier duess neir eligeida digl cumegn d'urna. La suprastanza communal ò desistia da chella varianta. Chegl vot deir tgi l'elecziun digls commembers e dallas commembras dalla cumischung da biagier stat venavant ainten la cumpetenza dalla suprastanza communal. Las cumpetenzas dalla cumischung da biagier vignan dantant schlargedas scu suonda:

- La cumischung da biagier duess pudeir decider an atgna cumpetenza davart las dumondas da biagier, schinavant tgi las decisiuns èn unanimsas.

- Dumondas da biagier, tgi vignan betg decideidas unanimamaintg, on da neir sottamessas allas suprastanza communal per l'approvaziun.
- La suprastanza communal resta l'autorità da biagier. Percheigl ston igls protocols dalla cumischung da biagier neir approvos mintgamai dalla suprastanza communal.

Motivaziun:

La structura actuala è sa cumprovada. Cun schlarger las cumpetenzas vign la suprastanza communal pero discargeda an sia funcziun d'autorità da biagier.

Applicaziun d'en lungatg conform agl gender (art. 6 CC)

La formulaziun neutrala arisguard las schlattagnas è davantada en tema permanent igls davos onns. Seia chegl ainten texts da leschas pero er ainten otras publicaziuns, ainten artetgels etc. Consequentamaintg è er la practica multifara. La suprastanza stat aint per en lungatg tgi includa tot las schlattagnas. Ella è pero dall'idea tgi ena schliaziun pragmatica tgi metta aint igl center tg'igl text geia da liger bagn e seia tgapibel, seia la schliaziun la pi effizainta. Chegl vala surtot per texts da leschas. Tar igl lungatg rumantsch - scu er tar igls oters lungatgs lategns - è l'applicaziun digl lungatg conform agl gender ena sfeida supplementara. Percheigl tg'igl gener grammatical influenzescha tot igls elemaints digl lungatg agls quals el sa referescha (artetgel, particip, adjectiv, pronom). Chegl ò per consequenza tg'igls texts vignan lungs e grev tgapibels, sch'ins dovra tant la furma masculina scu er chella feminina.

Considerond igls avantatgs ed igls disavantatgs dallas variantas pusseblas è la suprastanza dall'idea tgi la regulaziun actuala aint igl artetgel 6 cun en schinumno «artetgel dallas schlattagnas» seia ena schliaziun adequata e betg discriminonta. Ella sa basa an chest connex a numerous decrets cantunals tgi applitgeschan la madema metoda.

Preexaminaziun antras igl Uffezi da cumegns digl Grischun

Igl sboz preschaint dalla constituziun è nia sottamess agl Uffezi da cumegns digl cantun Grischun per preexaminaziun, igl qual ò fatg nignas objecziuns.

Proposta dalla radunanza communal e dalla suprastanza communal:

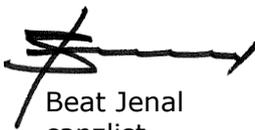
La radunanza communal e la suprastanza communal proponan agl cumegn d'urna Surses d'approvar la revisiun parziala dalla constituziun communal. L'antrada an vigour dalla revisiun parziala succeda per data digl conclus d'approvaziun dalla Regenza grischuna.

Tinizong, igls 15 da matg 2023

Per la suprastanza communal Surses:



Leo Thomann
mastral



Beat Jenal
canzlist

Agiunta menziunada